

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	19.04.2024
Thema	Parteien
Schlagworte	Liberale Parteien
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Parteichronik
Datum	01.01.1989 - 01.01.2019

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Hohl, Sabine
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Liberale Parteien, Parteichronik, 1990 - 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	1
Liberales Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EG	Europäische Gemeinschaft

EEE	l'Espace économique européen
CE	Communauté européenne

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.04.2001
MAGDALENA BERNATH

Ende Januar gab **Franz Steinegger** (UR) seinen **Rücktritt** als FDP-Präsident bekannt. Er hatte das Amt zwölf Jahre inne gehabt. Der als Favorit gehandelte Hans-Rudolf Merz (AR) verzichtete auf eine Kandidatur. Zum **Nachfolger** designierte die Parteileitung den Schaffhauser **Gerold Bühler**. Der 53-jährige Finanzchef der Georg Fischer AG wurde 1991 in den Nationalrat gewählt und zählt zum neoliberalen Wirtschaftsflügel und gesellschaftspolitisch zu den Konservativen. Bühler verlangte einen bürgerlichen Dreierbund mit FDP, SVP und CVP und forderte die CVP auf, sich klar rechts zu positionieren. Am 7. April bestätigte die Delegiertenversammlung in Genf Gerold Bühler als Nachfolger von Parteipräsident Franz Steinegger.¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.12.2002
MAGDALENA BERNATH

Nachdem **Gerold Bühler** (SH) wegen seiner Doppelrolle als Parteipräsident der FDP und als Verwaltungsrat der krisengeschüttelten Rentenanstalt zunehmend unter Druck geraten war, erklärte er im November 2002 per sofort seinen **Rücktritt vom Parteipräsidium**. Um die Vakanz kurz vor den Wahlen möglichst rasch zu besetzen, nominierte die Parteileitung Ständerat Hans-Rudolf Merz (AR), der bereits 2001 für die Nachfolge von Präsident Franz Steinegger im Gespräch war. Da dieses Vorgehen parteiintern auf heftige Kritik stiess, übernahm Vizepräsidentin Christiane Langenberger (VD) und nicht wie ursprünglich vorgesehen Hans-Rudolf Merz interimistisch die Parteiführung bis zur Wahl des neuen Präsidiums im Januar 2003. Zudem beschloss die Geschäftsleitung, weitere für das Amt in Frage kommende Kandidaten anzufragen. Ende Dezember hatte neben Vizepräsidentin Christiane Langenberger einzig die Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein ihre Kandidatur angemeldet. Der Favorit Merz war wegen seiner Mandate und seiner Tätigkeit als Unternehmensberater in Südafrika während der Apartheid in den 1980er Jahren zunehmend unter Beschuss geraten und hatte seine Kandidatur zurückgezogen, andere von den Medien als aussichtsreich gehandelte FDP-Mitglieder stellten sich nicht zur Verfügung.²

PARTEICHRONIK
DATUM: 12.01.2003
MAGDALENA BERNATH

Anfang Januar wählten die FDP-Delegierten Interimspräsidentin **Christiane Langenberger** (VD) mit 181 Stimmen zur **Präsidentin**. Auf die als Favoritin gehandelte Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein entfielen 164 Stimmen. Manche Freisinnigen hatten befürchtet, dass Heberlein, die im Herbst gemeinsam mit dem SVP-Vertreter Hans Hofmann (ZH) für den Ständerat kandidieren wollte, sich als FDP-Präsidentin auf nationaler Ebene zu wenig würde von der Hauptkonkurrentin SVP abgrenzen können – die SVP hatte bereits damit gedroht, das Doppel-Ticket Heberlein-Hofmann platzen zu lassen. Langenberger hingegen hatte für eine eigenständige Politik der Mitte plädiert.³

PARTEICHRONIK
DATUM: 28.12.2011
MARC BÜHLMANN

Weil die Tessiner FDP eine **Amtszeitbeschränkung** von 16 Jahren für Volksvertreter kennt, hätte Fulvio Pelli (TI) eigentlich nicht mehr zu den Nationalratswahlen antreten dürfen. Die Statuten sehen allerdings Sonderbewilligungen vor, die dem Parteipräsidenten und Aushängeschild der Tessiner FDP vom Parteivorstand auch gewährt wurden. Pelli selber kündigte an, **solange im Nationalrat zu bleiben, wie er Präsident sei**. Er war aufgrund der gehäuften Niederlagen seiner Partei bei kantonalen Wahlen und der intransparenten Kommunikation in seiner Funktion als Verwaltungsratspräsident bei der Tessiner Kantonalbank auch in der Südschweiz nicht unumstritten. Seine äusserst knappe Wiederwahl in den Nationalrat – 54 Stimmen verhalfen ihm dazu – liess die Kritiker ebenfalls nicht verstummen. Pelli selber gab nach der Niederlage bei den eidgenössischen Wahlen bekannt, im April 2012 sein Amt abzugeben. Dies habe er bereits vor zwei Jahren beschlossen. Als potentielle Nachfolgerinnen und Nachfolger wurden Karin Keller-Sutter (SG), Philipp Müller (AG), Christian Wasserfallen (BE), Ruedi Noser (ZH) und Andrea Caroni (AR) ins Spiel gebracht. Keller-Sutter kündigte früh an, dass für sie das Amt als Parteipräsidentin mit jenem als Ständerätin unvereinbar sei. Eine Findungskommission wurde im Dezember eingesetzt und als Wahltermin der 21. April 2012 festgelegt.⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 16.04.2016
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung Mitte April 2016 in Bern **wählte die FDP ein neues Präsidium**. Philip Müller (fdp, AG), 2015 in den Ständerat gewählt, trat etwas überraschend als Präsident zurück, weil er sich ganz auf die Kantonsvertretung konzentrieren wolle. Er hatte das Amt 2012 von Fulvio Pelli (fdp, TI) als zuerst «belächelter Nichtakademiker» (NZZ) übernommen und wurde in Bern für seinen «unermüdlichen Einsatz» gefeiert, der als mitursächlich für die «Positivspirale» und die jüngsten eidgenössischen Wahlerfolge betrachtet wurde. Seine «direkte, bodenständige und ehrliche Art» habe geholfen, neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, war der Medienmitteilung der Partei zu entnehmen.

Zur Nachfolgerin Müllers wurde **Petra Gössi** (fdp, SZ) gekürt – als einzige sich zur Verfügung stellende Kandidatin einstimmig und ohne Enthaltungen. Die 40-jährige ehemalige Schwyzer Kantonalparteipräsidentin war 2011 in den Nationalrat gewählt worden und hatte den Sitz 2015 erfolgreich verteidigt. In den Medien wurde der dritten Frau an der Spitze des Freisinns (nach Christiane Langenberger und Marianne Kleiner) wenig Kredit eingeräumt. Es werde für die als «trocken» geltende und in Bern noch nicht sehr bekannte Wirtschaftsberaterin nicht leicht werden, die FDP in ihrer momentanen Bestform zu halten, argwöhnte etwa der Sonntagsblick. Darüber hinaus könne sie sich im Gegensatz zu Müller kaum glaubhaft von der Finanzwirtschaft distanzieren. In einigen Medien wurde eine von ihr beratene Firma mit den Panama Papers in Verbindung gebracht. Le Temps prognostizierte einen «changement de génération, mais aussi du style».

Neben Gössi wurden neu Andrea Caroni (fdp, AR), Philippe Nantermod (fdp, VS) und Christian Vitta (Ti, fdp) ins Vize-Präsidium gewählt. Christian Wasserfallen (fdp, BE), von vielen Medien als Nachfolger für Müller gehandelt, und Christian Lüscher (fdp, VD) wurden im Vizepräsidialamt bestätigt. Gössi bezeichnete die fünf im Schnitt 40 Jahre alten Vizepräsidenten als ihre «Boysgroup». Aus dem Präsidium zurückgetreten waren neben Müller auch Vincenzo Pedrazzini (SZ, fdp), Carlo Speziali (TI, fdp) und Isabelle Moret (fdp, VD). Nach ihrer Wahl zur neuen FDP-Präsidentin trat Gössi aus dem Vorstand des Gewerbeverbands und des Hauseigentümergeverbandes zurück.⁵

Liberale Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.06.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Idee der Gründung einer gesamtschweizerischen DSP konnte im Berichtsjahr **nicht verwirklicht werden**. Auch **Neugründungen kantonaler Sektionen blieben aus**. Im Kanton Freiburg hat die unter Staatsrat Félicien Morel von der SP abgespaltene DSP ein Dokument zu den ideologischen Grundlagen der Partei erarbeitet, welches insbesondere die Abgrenzung zur SP darstellt. Im ersten Jahr ihres Bestehens hat die freiburgische DSP rund 300 Mitglieder gewinnen können. Die 1987 gegründete DSP des Kantons Graubünden beteiligte sich, wie auch die SP, ohne Erfolg an den Regierungsratswahlen; dabei entstand erneut eine **Diskussion um eine Wiedervereinigung der beiden Parteien**.⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Parteitag in Neuenburg plädierten die Liberalen für eine Neuordnung im Krankenkassenwesen. Sie forderten eine **Liberalisierung** in der Krankenversicherung – Privatversicherer müssten zu den gleichen Bedingungen arbeiten können wie die Krankenkassen – **und eine volle Freizügigkeit beim Wechsel** von einem Versicherer zum anderen. Um negativen Auswirkungen zu steuern, sollten andererseits ein **Krankenkassenobligatorium und eine Mutterschaftsversicherung** eingeführt werden.⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 15.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Landesring verschärften sich während des Berichtsjahres die parteiinternen Konflikte. Dabei waren die **Fronten nicht immer klar und eindeutig**. Während es im Kanton Zürich darum ging, die Wende zu einer ökologisch ausgerichteten Partei auch bei dieser grössten Kantonalpartei vollständig nachzuvollziehen, hatte sich die nationale Parteiführung bei der **Diskussion der Europafrage** gegen Angriffe von Seiten des ökologischen Flügels zu wehren. Innerhalb des Zürcher LdU endete der Konflikt zwischen der Parteileitung und dem konservativen Zürcher **Erziehungsdirektor Gilgen** mit dessen **Abwahl** aus dem 25köpfigen Parteivorstand. Darauf trat dieser aus der Partei aus und kündigte an, seinen Sitz bei den Wahlen von 1991 als Parteiloser verteidigen zu wollen.⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 22.10.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am schweizerischen Parteitag in Luzern beschloss der LdU die **Unterstützung** der von diversen Medienunternehmungen lancierten **EG-Initiative** und verabschiedete ein **Grundsatzpapier zur Europapolitik**. Verschiedene Delegierte, unter anderem Nationalrat Günter (BE) und mit ihm die gesamte Berner LdU-Sektion sowie viele Frauen, **plädierten vergeblich für die Rückweisung**, da sich das Papier mit den zu erwartenden Problemen in den Bereichen Volksrechte, Neutralität, Umwelt- und Verkehrspolitik nicht befasse. Die Berner LdU-Präsidentin, Eva-Maria Zbinden, trat aus Protest gegen die als wirtschaftsfreundlich apostrophierte «EG-Euphorie» sogar von ihrem Amt zurück.⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.12.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Parteipräsident Jaeger (SG) hatte sich aber auch exponiert, als er mit verschiedenen Mitgliedern anderer Parteien an der Besetzung des Geländes des geplanten Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen (SG) teilnahm. Dies trug ihm anlässlich des Parteitages in Aarau vehemente **Kritik** namentlich von einigen Zürcher Delegierten ein; trotzdem wurde er mit 130 von 160 Stimmen für zwei weitere Jahre als Parteipräsident bestätigt. Der **wichtigste Geldgeber** der Partei, der Migros Genossenschaftsbund (MGB) **kündigte** dem LdU hingegen den 1979 abgeschlossenen Zusammenarbeitsvertrag auf Ende 1992; damit müsste der LdU inskünftig ohne den bisher von der Migros geleisteten jährlichen Beitrag von 3 Mio Fr. auskommen. Der MGB, in dessen fünfköpfiger Führungsspitze nur noch Jules Kyburz Mitglied des LdU ist, kritisierte das Vorgehen gegen den Zürcher Regierungsrat Gilgen und zeigte sich auch über Jaegers Solidarisierung mit den Besetzern des Baugeländes des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen und über die LdU-Unterstützung für die «Stopp dem Beton»-Initiative verärgert.¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.05.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Kongress in Basel, welcher dem Thema «Die Identität der Schweiz im Europa von morgen» gewidmet war, äusserte sich eine Mehrheit für **die Vorbereitung eines EG-Beitrittsesuchs**. Sowohl welsche als auch deutschschweizerische Vertreter äusserten sich dahingehend, dass eine Integrationspolitik auch unter Wahrung des föderalistischen Gedankenguts als typisch eidgenössisches Identitätsmerkmal möglich sein sollte. Die Partei hielt im weiteren auch an der sicherheitspolitischen Maxime der bewaffneten Neutralität fest.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.09.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als Nachfolgerin von Nationalrat Franz Jaeger (SG) trat Ständerätin **Monika Weber** (ZH) das **Parteipräsidium** an. Erklärtes Ziel ist für sie unter anderem eine **Öffnung der Partei zu einer nicht ideologisch ausgerichteten Organisation**, welche künftig auf pragmatischere Weise ausserhalb des Links-Rechts-Schemas politisieren soll. Mit der neuen Präsidentin, welche Direktorin des Bereichs Wirtschaftspolitik und Konsumentenfragen des Migros Genossenschaftsbundes (MGB) ist, wurde die durch den Gründer Gottlieb Duttweiler institutionalisierte personelle Verbindung zwischen der Partei und dem MGB wiederhergestellt. Gleichzeitig verstand es die neue Parteipräsidentin, das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen dem MGB und der Parteileitung wiederherzustellen, was sich in der Form einer erneuten Zusicherung der finanziellen Unterstützung durch die Migros im bisherigen Rahmen (3 Mio Fr. pro Jahr) auszahlte.¹²

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.10.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Mit dem sogenannten «**Manifest für den Mittelstand**» setzte die neue Präsidentin ihre politischen Akzente auf **mehr Sicherheit im Alltag**, vor allem aber auf **wirtschaftspolitischer Ebene** (allgemeine Deregulierung, Senkung der Staatsquote, offene Aussenwirtschaftspolitik) und **weniger im Umweltschutzbereich**, wie dies ihr Vorgänger getan hatte. Einzelne Parteipolitiker übten allerdings Kritik an diesem Kurswechsel; der bei den letzten Nationalratswahlen abgewählte Berner Paul Günter trat sogar aus der Partei aus.¹³

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.11.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Von den in fünf Kantonen (BS, FR, GR, VD, ZH) existierenden Demokratisch-sozialen Parteien sprachen sich jene von **Basel-Stadt und Freiburg für den EWR** aus, jene von Graubünden dagegen. Bei den **Basler Parlamentswahlen** gewann die DSP **ein Mandat hinzu**, verlor hingegen leicht an Wähleranteilen.¹⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.01.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als neue Fraktionspräsidentin LdU/EVP wurde die **Zürcher Nationalrätin Verena Grendelmeier** gewählt, während **Max Dünki (evp, ZH) das Vizepräsidium** übernahm.¹⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.02.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der ehemalige Neuenburger Regierungs- und Nationalrat **François Jeanneret** übernahm die Nachfolge von Claude Bonnard als **neuer Parteipräsident**.¹⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.08.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im LdU sorgten die **Asyl- und Drogenproblematik** für Unruhe, als Ständerätin und Parteipräsidentin Weber (ZH) eine **härtere Gangart gegen kriminelle Asylbewerber** forderte. Weber hatte sich im übrigen auch als Gegnerin der beiden Armeeinitiativen (Waffenplätze und Kampfflugzeuge) innerhalb der Partei, welche diese beiden Begehren unterstützte, exponiert.¹⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.09.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die LP hat nach der EWR-Ablehnung die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU gefordert, **um der politischen und wirtschaftlichen Isolation in Europa zu entgehen**. Ihr Ziel ist es, den Beitritt der Schweiz **bis zum Jahr 2000** zu realisieren.¹⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.05.1994
EVA MÜLLER

Die LdU-Parteileitung zog organisatorische Konsequenzen aus dem Wählerrückgang und will **ihre Kräfte künftig auf jene Kantone konzentrieren, wo die Partei noch Wähler hat**: Vier Geschäftsstellen in Luzern, Thurgau, Solothurn und Graubünden wurden die Beiträge gestrichen, was praktisch einer Schliessung gleichkommt. Die Kantonalsektion Luzern beantragte deshalb ihre Auflösung.¹⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.12.1994
EVA MÜLLER

Der **Genfer Nationalrat Jean-Michel Gros** wurde zum neuen **Fraktionspräsident** gewählt. Er ersetzt Jean-François Leuba (VD), der zum Vize-Präsident des Nationalrates ernannt wurde.²⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.06.1996
EVA MÜLLER

Nach vierjähriger Amtszeit gab die populäre Zürcher Ständerätin Monika Weber das Präsidium des dahinserbenden LdU ab. Weil sich keiner der drei verbleibenden LdU-Nationalratsmitglieder zur Kandidatur bereit erklärte, wurde schliesslich der auf eidgenössischer Ebene wenig bekannte **bernische LdU-Kantonalpräsident Daniel Andres zum neuen Parteipräsidenten gewählt**. Andres sprach sich für einen sozial-liberalen und wieder verstärkt ökologischen Kurs des Landesrings aus; grüne Anliegen waren bei Weber in den Hintergrund getreten. Dem Präsidenten steht neu ein vierköpfiges Vizepräsidium zur Seite.²¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.06.1996
EVA MÜLLER

Nach dem letztjährigen unbefriedigenden Abschneiden bei den eidgenössischen Wahlen setzte die Liberale Partei eine von der Genfer Grossrätin Barbara Polla präsierte **permanente «groupe de réflexion»** ein, die als **Ferment für neue liberale Ideen** dienen soll. Dabei sollen nichtökonomische Fragestellungen künftig wieder mehr Beachtung finden. Weiter will die Partei ihre traditionell **schwachen zentralen Strukturen verstärken** und der politischen Arbeit des Zentralvorstandes mehr Gewicht beimessen.²²

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.08.1996
EVA MÜLLER

Im August gab der Migros-Genossenschafts-Bund bekannt, dass er die **finanzielle Unterstützung des LdU von bisher jährlich 3 Mio CHF auf 600'000 CHF kürzen wird**. Er begründete den für die Partei nicht überraschend gekommenen Entscheid damit, dass der traditionell zur Verfügung gestellte Betrag der heutigen Situation und Grösse des LdU angepasst werde. Das Versiegen des Migros-Geldstroms brachte die Partei in arge finanzielle Bedrängnis. Den Geschäftsstellen St. Gallen und Aarau droht die Schliessung, womit landesweit mit Zürich und Bern nur noch zwei Geschäftsstellen übrigbleiben würden.²³

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.11.1996
EVA MÜLLER

Trotz des knapperen Budgets und düsteren Zukunftsprognosen propagierte der Parteivorstand einen Neuanfang und plante dabei insbesondere, mit einem **Namenswechsel zur «Sozial-liberalen Partei der Schweiz», vom Image der «Migros-Partei» wegzukommen**. Der bisherige Name sage nichts über politische Inhalte aus und sei interpretationsbedürftig. An einem ausserordentlichen Parteitag im November wurde die Namensänderung von den Delegierten mit 84 zu 29 Stimmen jedoch klar abgelehnt, da der Name «Landesring» dem Wahlvolk ein Begriff sei; «unabhängig» gebe zudem die Stellung der Partei in der Politlandschaft am besten wieder. Angenommen wurden dagegen neue Statuten. Diese sollen der Parteispitze durch die Aufwertung des Vorstands und die Aufhebung des Delegiertenrats mehr Handlungsspielraum einräumen.²⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.04.1997
EVA MÜLLER

François Jeanneret (NE) trat als Präsident der Liberalen Partei zurück. Zu seinem **Nachfolger wählte die Partei den Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly**. Eggly setzt sich für den Beitritt der Schweiz zur EU ein, innenpolitisch vertritt er einen streng föderalistischen Kurs. Zu Vizepräsidenten für die Amtszeit 1997-2001 wurde für die Deutschschweiz Elisabeth Simonius (BS) und für die Westschweiz Staatsrat Claude Ruey (VD) gewählt.²⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.10.1998
URS BEER

An der ausserordentlichen Hauptversammlung der Stadtberner LdU-Sektion Mitte Oktober beschlossen die Mitglieder auf Antrag des Vorstandes, die Ortsgruppe Bern aufzulösen. **Grund dafür war der unaufhaltsame Sinkflug in der Stadt Bern**, wo der LdU zu seinen besten Zeiten Wähleranteile von bis zu 13,3% erreicht hatte. Seit 1976 ging es stetig abwärts; bei den letzten Stadtratswahlen (Legislative) von 1996 erreichte die Partei einen Wähleranteil von noch 2,5%. Der Vorstand **legte den Parteimitgliedern den kollektiven Übertritt zur Grünen Freien Liste nahe**. Die bisherigen Mandatsträger, Schuldirektorin Claudia Omar sowie die zwei LdU-Stadträte, kündigten den Übertritt zur GFL auf Anfang 1999 an. Der Entscheid zur Auflösung traf bei Mitgliedern anderer Ortsgruppen des Kantons Bern auf heftige Opposition, weil insbesondere die Thuner Sektion für die bevorstehenden Wahlen negative Auswirkungen befürchtete. Kämpferisch zeigte sich die nationale Parteizentrale und stellte eine grössere Mitgliederwerbe-Aktion in Aussicht mit dem Ziel, in Bern eine neue Ortsgruppe zu gründen.²⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.11.1998
URS BEER

Der seit 1996 amtierende **LdU-Präsident Daniel Andres trat** nach einer Aussprache mit dem Vorstand über die Lage und Zukunft der Partei **zurück**. Der Vorstand warf ihm fehlende Führungskraft vor und zweifelte daran, ob er im Wahljahr 1999 nach aussen die nötige Durchschlagskraft zu entwickeln vermöge. Schon kurz nach Amtsantritt war Andres' Versuch misslungen, den LdU in «sozial-liberale Partei» umzubenennen. Der neue LdU-Präsident wird am ausserordentlichen **Parteitag vom 16. Januar 1999 gewählt werden**.²⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.04.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die seit 1983 amtierende Zürcher **LdU-Nationalrätin Grendelmeier** gab im Januar bekannt, dass sie nach der Frühlingssession **aus dem Parlament zurücktreten werde**. Zudem musste die Partei ein neues Präsidium wählen, nachdem Daniel Andres (BE) im vorigen Herbst sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Die Kantonalparteien hatten im Vorfeld den Wunsch geäussert, das neue Präsidium müsste auch im nationalen Parlament vertreten sein. Nach der Rücktrittsankündigung Grendelmeiers stand **Anton Schaller**, erstes nachrückendes Mitglied auf der Zürcher LdU-Liste, praktisch als **Nachfolger für das Präsidium** fest. Der 54jährige Schaller, Fernsehproduzent und Zürcher Kantonsrat, erhielt 53 Delegiertenstimmen bei 10 Enthaltungen. Von einigen

seiner Parteigenossen wurde die Befürchtung eingebracht, mit der Wahl Schallers sei ein Linksrutsch vorprogrammiert. In Presseinterviews verkündete Schaller einige Tage später, dass bei weiteren Verlusten im Wahljahr eine «würdige Liquidation» der Partei anstehen könnte.

Mitte Februar wurde die Zürcher Kantonsrätin Astrid Kugler zur neuen Generalsekretärin ernannt. Das Amt war seit dem vergangenen Herbst interimistisch durch Rudolf Hofer, Sekretär der LdU/EVP-Bundeshausfraktion, ausgeübt worden. Im April gaben die Partei und der Migros-Genossenschafts-Bund ihre definitive Trennung bekannt.²⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.04.1999
DANIEL BRÄNDLI

Erstmals hielt die LP, die nur in der Westschweiz und in Basel-Stadt verankert ist, einen Parteitag in Zürich ab. Sie unterstrich damit ihre Absicht, in der Deutschschweiz zu expandieren. Zu den **Zürcher Kantonsratswahlen** trat die LP auch mit einer **eigenen Kantonsratsliste und mit einem Regierungsratskandidaten** an, vermochte aber nicht zu reüssieren.²⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.07.1999
DANIEL BRÄNDLI

Nach dieser Trennung wollte sich der LdU **als unabhängige Partei neu positionieren** und neue Wähler ansprechen. Parteipräsident Schaller führte aus, das Ziel seiner Partei sei die Bildung einer neuen Mitte; es seien bereits Gespräche mit Teilen der Grünen, der CSP und der EVP geführt worden. Auch mit Angestelltenverbänden werde eine Zusammenarbeit angestrebt. Doch die Niederlage bei den Zürcher Kantonswahlen versetzte der Partei einen harten Schlag. Der LdU verlor vier seiner bislang sechs Sitze im Kantonsrat; Schaller selbst wurde nicht wiedergewählt. Trotz entsprechender Anträge wurde am **Reformparteitag vom Mai in Zürich mit 52 zu neun Stimmen keine Auflösung** der Partei beschlossen.

Die Kantonalsektionen Aargau, Solothurn, St. Gallen, Bern und Zürich waren bereit, den Wahlkampf für die Nationalratswahlen aufzunehmen. An einer Pressekonferenz Ende Juli verkündete Schaller, der LdU trete unter der Bezeichnung «Liste der Unabhängigen» den Wahlkampf an. Auch ein neues Logo in Blau mit dem Schriftzug «Neugeboren und unbequem» wurde vorgestellt.³⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die Nationalratswahlen vom Oktober brachten dem LdU eine brutale Niederlage. Er verlor zwei seiner drei Sitze und sein Wähleranteil ging von 1,8% auf 0,7% zurück. Einzig der Zürcher Wiederkehr konnte seinen Sitz im Nationalrat halten. **Zwei Tage nach der Wahlniederlage** beantragte der Vorstand die **Auflösung des LdU**. Nach 63jährigem Bestehen löste sich der LdU Anfangs Dezember in Aarau auf. Mit 57 gegen sieben Stimmen beschlossen die **Delegierten am 4. Dezember das Aus für die nationale Partei**. Vertreter aus dem Kanton St. Gallen machten jedoch deutlich, dass sie auf kommunaler Ebene weiter kämpfen wollen. Gleichzeitig mit der Auflösung wurde am Parteitag die «Landesstiftung der Unabhängigen (LdU)» ins Leben gerufen, die das Gedankengut der Partei weitertragen soll. Zwei anderslautende Anträge, ein «Forum Schweiz-Europa» zu schaffen oder das Geld mittels einer Schenkung der Migros zu vermachen, wurden abgelehnt.³¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.1999
DANIEL BRÄNDLI

Im November tagte das Büro der Partei in Neuenburg. Auf dem Programm stand die Analyse der Wahlniederlage vom Oktober. Präsident Jacques-Simon Eggly stellte **sein Amt zur Verfügung**. Das Büro wollte allerdings auf diesen Entscheid **nicht eingehen** und in bestehender Formation weiterarbeiten.

Nach einem Reflexionsseminar im Dezember, an dem sich zahlreiche Parteiexponenten über den Fortbestand und die zukünftige Organisation der Partei berieten, liess der Vorstand verlauten, die **Partei werde in Zukunft stärker mit ihren kantonalen Sektionen** zusammenspannen und auch intensiver mit Regierungsvertretern und Parlamentariern **aus anderen Fraktionen** zusammenarbeiten. Zudem wurde eine Statutenänderung, die eine effizientere Führung ermöglichen soll, in Aussicht gestellt.³²

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.02.2000
DANIEL BRÄNDLI

An ihrem Parteitag vom April bestätigten die Liberalen **Nationalrat Eggly (GE) als Parteipräsidenten**. Eggly bekräftigte, dass seine Partei mit den verbleibenden sechs Nationalratssitzen **weiterhin als eigenständige Fraktion** operieren werde. Verstärkte inhaltliche Absprachen mit FDP und CVP schloss er aber nicht aus. Als Nachfolger für die bisherige Vizepräsidentin Elisabeth Simonis (BS) wurde der Basler Nationalrat Christoph Eymann gewählt.³³

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.05.2000
DANIEL BRÄNDLI

Während der Frühjahressession bot die LP SVP-Parlamentariern, die sich mit der Politik ihrer Mutterpartei nicht mehr identifizieren können, eine Zusammenarbeit an. Die Partei erwog gar die **Bildung einer gemeinsamen Fraktion** aus LP und oppositionellen SVP-Mitgliedern. Diese Pläne verliefen allerdings bis zum Jahresende im Sand.³⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.06.2002
MAGDALENA BERNATH

Im Mai trat der Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly als **Präsident der Liberalen** zurück. Er hatte das Amt seit 1997 inne. Am Parteitag in Montreux wählten die Delegierten den **Waadtländer Nationalrat** und bisherigen Vizepräsidenten **Claude Ruey** zu seinem Nachfolger. Ruey war zwölf Jahre lang Mitglied der Waadtländer Regierung und ist seit 1999 Nationalrat. Zur neuen Vizepräsidentin wurde die Basler Nationalrätin Christine Wirz-von Planta bestimmt, die den zurückgetretenen Basler Regierungsrat Christoph Eymann ersetzte. Ziel des neuen Präsidiums sei die Rückkehr der Liberalen in den Ständerat und die Aufstockung der Nationalratsmandate auf drei Sitze, welches unter anderem mit einem einheitlicheren Auftritt erreicht werden soll. Eine Annäherung an die SVP sei zur Zeit ausgeschlossen. Dem Wahlakt voraus ging ein "runder Tisch" zum Thema "Liberalismus und soziale Verantwortung von Unternehmen", an dem sich die LP als wirtschaftsliberale Partei positionierte, welche die Unternehmer nicht ganz aus der sozialen Verantwortung entlassen wolle.³⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.06.2003
MAGDALENA BERNATH

Am ihrem **Wahlkongress** in Lausanne bekräftigten die Liberalen ihre Absicht, wieder eine bedeutendere Rolle in der Bundespolitik spielen zu wollen. Ziel sei es, in den eidgenössischen Wahlen vom Herbst die 1999 verlorenen Ständeratsmandate zurückzuerobern. Deshalb bewarben sich die Liberalen nicht nur in ihren vier Stammkantonen (VD, GE, NE, BS) für einen Sitz in der kleinen Kammer, sondern erstmals auch im Wallis. In den meisten Kantonen gingen sie zudem eine Listenverbindung mit der FDP ein. Gemäss Parteipräsident Claude Ruey (VD) sollte das Verhältnis zur FDP aber nicht über die Zweckgemeinschaft der Listenverbindung hinausgehen – eine Fusion komme nicht in Frage.³⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 03.11.2003
MAGDALENA BERNATH

Bei den **eidgenössischen Wahlen** verlor die Liberale Partei zwei ihrer sechs bisherigen Mandate im Nationalrat (darunter den Sitz von Christine Wirz-von Planta, BS) und büsste damit ihre Fraktionsstärke ein. Die vier liberalen Parlamentarier, welche alle aus der Romandie stammen, schlossen sich der FDP-Fraktion an; diese trug dem Zuwachs Rechnung, indem sie sich in der französischen Version in „groupe radical-liberal“ umbenannte. Erste Gespräche über eine engere Zusammenarbeit der beiden Parteien auf nationaler Ebene hatten bereits im Sommer stattgefunden; der gemeinsame Ständeratswahlkampf der beiden Präsidenten Claude Ruey (lp) und Christiane Langenberger (fdp) in der Waadt sowie die Verluste beider Parteien in den Nationalratswahlen hatten die Annäherung gefördert. Auf nationaler Ebene bilden Liberale und Freisinnige künftig eine Föderation, die kantonalen Parteistrukturen bleiben jedoch erhalten. Die Empfehlungen der LP zu den eidgenössischen Vorlagen deckten sich mit jenen der FDP, mit Ausnahme der Revision der Volksrechte, zu der die Liberalen die Nein-Parole herausgaben.³⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.06.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Januar beschlossen die Liberalen in Neuenburg oppositionslos, eine **Föderation mit den Freisinnigen** einzugehen (bei den eidgenössischen Wahlen hatte die LP ihre Fraktionsstärke eingebüsst und sich der FDP-Fraktion angeschlossen). Liberale und Freisinnige bleiben eigenständige Parteien mit eigenen Statuten, wollen aber künftig gemeinsame Fachtagungen und gemeinsame Delegiertenversammlungen durchführen und sich die Kommissions- und Sekretariatsarbeit teilen. In einer von 200 Liberalen beantworteten Umfrage sprachen sich zwei Drittel für ein Bündnis mit den Freisinnigen aus, gleich viele lehnten aber eine eigentliche Fusion ab, lediglich 13% sprachen sich für diese Variante des Zusammengehens aus. Gemäss Parteipräsident Ruey bilde die Fusion

der beiden Parteien auf nationaler Ebene eine langfristige Option, auf kantonaler Ebene sei sie wenig wahrscheinlich. 69% der Liberalen hatten sich für eine Allianz mit der FDP, 14% mit der SVP und 17% für eine Dreifachallianz ausgesprochen.³⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.06.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Sommer zog Parteipräsident Ruey eine positive Bilanz der Zusammenarbeit mit der FDP auf eidgenössischer Ebene und sprach sich für eine **Fortführung der Kooperation** aus. Die Annäherung sei ein Mittel, die schweizerische Politik zu dynamisieren, welche heute wegen der starren Politik von SP und SVP immer mehr unter Blockaden leide.³⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.09.2004
MAGDALENA BERNATH

Die **Jungliberalen** wählten in Bern den Basler Pierre-Guillaume Kopp zu ihrem neuen Präsidenten und den Genfer Blaise Alexandre Le Comte zum neuen Parteisekretär. Die beiden nehmen Einsitz in der Führung der Mutterpartei. Im September gab Kopp bekannt, dass Jungliberale und Jungfreisinnige ab dem kommenden Jahr gemeinsame Delegiertenversammlungen abhielten, um die Parolen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen zu fassen.⁴⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.04.2005
MAGDALENA BERNATH

Anfang April billigten die Liberalen im Beisein von FDP-Präsident Fulvio Pelli (TI) die Statuten zur **Neugründung einer Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL)**, und zwei Monate später stimmten ihr beide Parteien an einer gemeinsamen Delegiertenversammlung in Neuenburg zu. LP-Präsident Claude Ruey (VD) betonte die Notwendigkeit, dass sich die liberalen Kräfte geschlossen der Blockierung der Politik von rechts und links entgegenstellten. Die neue Union ist als Verein konstituiert und setzt sich vorrangig zum Ziel, die Arbeit der beiden Parteien auf eidgenössischer Ebene anzugleichen und zu koordinieren sowie eine Annäherung in den Kantonen zu fördern. Geplant sind vorerst gemeinsame Abstimmungskampagnen, Fachtagungen und eine UFL-Plattform für die eidgenössischen Wahlen 2007. Geleitet wird die Union von einem zwölfköpfigen Vorstand und einer Generalversammlung, die aus den Vorstandsmitgliedern beider Parteien, den Präsidenten der Kantonalparteien und der Fraktionen sowie Vertretungen der Jungen und der Frauen besteht. Im November bestimmten LP und FDP den liberalen Genfer Grossrat Pierre Weiss zum ersten politischen Verantwortlichen der UFL. Er soll die Aktivitäten der Union koordinieren und den Weg zu allfälligen Fusionen der beiden Parteien auf kantonaler Ebene ebnen. Gemäss Weiss stehe die Fusion im Kanton Freiburg unmittelbar bevor, und im Wallis komme sie rasch voran. In Neuenburg steige ein Liberaler als UFL-Kandidat in die Ersatzwahl für den Regierungsrat. In mehreren Waadtländer Gemeinden gäbe es UFL-Listen, und auch in den Kantonen Genf und Basel-Stadt sei der Annäherungsprozess im Gang.⁴¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 03.09.2005
MAGDALENA BERNATH

Im Herbst führten Liberale und Freisinnige ihren ersten gemeinsamen Anlass, die **„Sommer-Universität“** in Morges (VD), durch. An der Veranstaltung, die durch eine offene Diskussionsrunde mit Bundesrat Couchepin abgerundet wurde, nahmen rund 200 Personen von der Basis bis zu den Parteispitzen teil.⁴²

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.03.2006
MAGDALENA BERNATH

Im Frühjahr bestätigten die Liberalen **Claude Ruey als Parteipräsidenten** für weitere vier Jahre sowie Christine Wirz-von Planta (BS) und Pierre Weiss (GE) als Vizepräsidenten.⁴³

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.07.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die **enge Zusammenarbeit mit der FDP** im Rahmen der freisinnig-liberalen Union fand kantonal wie kommunal nur vereinzelt ein Echo, so in Corcelles-Cormondrèche (NE), wo im März die „Union radicale-liberale“ gegründet wurde. Im Kanton Freiburg kam es zur Fusion der FDP mit der dort sehr kleinen LP zum „Parti libéral-radical“. Im Kanton Wallis, wo den Liberalen ebenfalls nur geringe Bedeutung zukommt, fand die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Parlamentsfraktion statt. Auf nationaler Ebene beschlossen die Delegierten beider Parteien im Dezember die weitere Zusammenarbeit in der seit 2003 bestehenden gemeinsamen Fraktion im Bundesparlament.⁴⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 08.11.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die **Libérale Partei des Kantons Genf** erlebte eine **turbulente Folge von vier Präsidenten**, nachdem die Generalversammlung der Partei im März überraschend den jungen Blaise-Alexandre Le Comte, einen Vertreter des rechten Parteiflügels, zum Nachfolger für den scheidenden Präsidenten Olivier Jornot gewählt hatte. Der in den Folgemonaten wachsende parteiinterne Widerstand gegen Le Comte führte schliesslich zum Rücktritt von 5 Vize-Präsidenten im Juni, woraufhin Le Comte sein Amt niederlegte. Nach einer erneuten Interimspräsidentschaft Jornots wurde Ende September der sozial engagierte Serge Bednarczyk zum neuen Präsidenten gewählt, nur um bereits Anfang November wieder von diesem Posten zurückzutreten. Bis zum Jahresende wurde die Partei daraufhin von einer „Troika“ aus den drei Vize-Präsidenten geleitet.⁴⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.01.2007
SABINE HOHL

Im Januar hielt die Liberale Partei gemeinsam mit der FDP eine Veranstaltung in Genf ab, an der die beiden Parteien über die Initiative für eine Einheitskrankenkasse diskutierten. Der Präsident der Liberalen, Claude Ruey (VD), plädierte in einer Rede für eine **noch engere Zusammenarbeit der beiden Parteien**, sprach jedoch nicht von Fusion. Die Atmosphäre zwischen Freisinnigen und Liberalen an der Veranstaltung wurde in der Presse als kühl beschrieben.⁴⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.10.2007
SABINE HOHL

Nach den Nationalratswahlen, welche den Verlust von 0,3 Prozentpunkten Wähleranteil und eine gleich bleibende Sitzzahl (4) gebracht hatten, kündigte Parteipräsident Ruey (VD) an, dass er eine **Fusion mit der FDP** anstrebe. Die beiden Parteien sollten sich nach seiner Vorstellung auf nationaler Ebene vereinen, auf kantonaler Ebene jedoch weiterhin getrennt voneinander auftreten. Ruey schlug vor, die fusionierte Partei solle einen neuen Namen erhalten. Die Liberal-demokratische Partei des Kantons Basel-Stadt, die einzige Deutschschweizer Sektion der LPS, erklärte, sie sei mit den Plänen für einen Zusammenschluss von FDP und LP nicht einverstanden.⁴⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.02.2008
SABINE HOHL

Martine Brunschwig Graf (GE) wurde neue Vizepräsidentin der Fraktion von Freisinnigen und Liberalen im Bundesparlament.⁴⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.02.2008
SABINE HOHL

Im Februar kündigten die Parteispitzen von LP und FDP an, dass der offizielle Beschluss zur **Fusion der beiden Parteien** am 25. Oktober fallen solle. In den vorgesehenen Statuten für eine Übergangszeit bis 2015 wurden den Liberalen eine Vertretung im Vizepräsidium und 3 von 20 Vorstandssitzen zugesichert. Zudem dürfen in denjenigen Kantonen, in denen es Liberale und Freisinnige gibt, diese vorläufig nebeneinander weiterbestehen. Allerdings sollen sie zur Zusammenarbeit verpflichtet sein.⁴⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.03.2008
SABINE HOHL

An einer Delegiertenversammlung Mitte März wurde der Genfer Soziologieprofessor **Pierre Weiss** zum neuen Präsidenten der Liberalen Partei gewählt. Er übernahm das Amt von Claude Ruey. Aufgrund der geplanten Fusion der Liberalen Partei mit den Freisinnigen war bereits bekannt, dass Weiss der letzte Präsident der Liberalen in ihrer bisherigen Form sein würde. In das Vizepräsidium wurden neben der Bisherigen Christine Wirz (BS) neu Chantal Balet (VS) und Serge Beck (VD) gewählt. Der abtretende Claude Ruey richtete einen flammenden Appell zugunsten der Fusion von Liberalen und Freisinnigen an die Partei. Die Delegierten lehnten die SVP-Einbürgerungsinitiative und die Initiative „für Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ ab.⁵⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.04.2008
SABINE HOHL

Im April beschlossen die Liberalen und die Freisinnigen des Kantons Neuenburg zu fusionieren. Beide Parteien haben im Kanton einen nennenswerten Wähleranteil (Liberale bei den letzten Wahlen 14,8%, Freisinnige 12,7%). Der neue „Parti libéral-radical“ ist damit die stärkste Partei in Neuenburg.⁵¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.10.2008
SABINE HOHL

Am 25. Oktober stimmten die Delegierten der Liberalen in Bern der **Fusion mit den Freisinnigen** mit 49 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Der Fusionsvertrag soll im Februar 2009 besiegelt werden und rückwirkend auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten. Die Delegierten aus Basel-Stadt lehnten (mit Ausnahme von Christine Wirz, die als Vizepräsidentin der LP Schweiz an der Vorbereitung der Fusion beteiligt war) die Fusion ab. Der Basler Regierungsrat Christoph Eymann (lp) bezeichnete diese als von oben aufoktroiert. Das Ziel sei bloss der Machterhalt, es gebe keine inhaltliche Zielsetzung. Die Basler Liberalen kündigten an, im Januar 2009 über den Verbleib in der neuen nationalen Partei zu befinden.⁵²

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.03.2009
SABINE HOHL

Die „Demokratisch-Soziale Partei“ (DSP), eine 1982 gegründete SP-Abspaltung im Kanton Basel-Stadt, **löste sich im März auf**. Grund war ein Mangel an Mitgliedern, die bereit waren, Leitungsfunktionen zu übernehmen. Die Kleinpartei DSP war in Basel-Stadt über längere Zeit in der Regierung vertreten gewesen. Bei den Parlamentswahlen 2008 hatte sie noch drei Sitze geholt.⁵³

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.05.2011
MARC BÜHLMANN

Die Fusion zwischen FDP und LPS war von den nationalen Delegierten beider Parteien im Oktober 2008 beschlossen worden. Der Fusionsvertrag sieht eine Übergangsfrist bis 2015 vor. Bis dahin sollen auch alle kantonalen Sektionen den Zusammenschluss vollzogen haben. In drei der sechs Kantone, in denen die LPS traditionell stark verankert war (FR, VS, NE) fand die Fusion noch 2008 statt (in FR bereits 2006). Im Kanton Genf heirateten die Liberalen und die Radikalen im Berichtsjahr. Die Fusion im Kanton Waadt ist für 2012 geplant. Einzig im Kanton Basel-Stadt ist die Verbindung kein Thema. Die Liberale Partei hat 2010 dort denn auch wieder ihre ursprüngliche Bezeichnung „Liberaldemokraten“ übernommen und gilt als statutarisch eigenständige und unabhängige Partei. Man habe zwar häufig gemeinsame Positionen, aber keine Lust mit einer Partei zu fusionieren, welche die SVP zuweilen rechts zu überholen versuche, gab der Baslerstädtische Regierungsrat Christoph Eymann in einem Interview zu Protokoll.⁵⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.09.2012
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurde mit der **Fusion** im Kanton Waadt zwischen Radicaux und Libéraux der 2008 beschlossene und seit 2009 in allen Kantonen durchgeführte Fusionsprozess zwischen der Liberalen Partei und der FDP abgeschlossen. Einzig im Kanton Basel-Stadt ist eine Fusion zwischen der Liberal-Demokratischen Partei und der FDP weiterhin kein Thema. Die LDP ist zwar seit 2009 Mitglied der FDP. Die Liberalen auf eidgenössischer Ebene, will aber auf kantonaler Ebene selbständig bleiben.⁵⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2012
MARC BÜHLMANN

Die 2011 im Kanton Aargau gegründete Partei, die im Wahljahr zu Bekanntheit kam, weil sie den aus der SP ausgetretenen ehemaligen Nationalrat Ricardo Lumengo aufnahm und mit ihm bei den Nationalratswahlen antrat, musste im Berichtsjahr ihre beiden Sitze im Aargauer Kantonalparlament wieder abgeben. Freilich hatte sie die Sitze lediglich aufgrund von Parteiwechseln (von der EDU bzw. von der SVP) inne. Beat Leuenberger von der SVP und Samuel Schmid (ex-EDU) wurden nicht mehr gewählt.⁵⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.05.2013
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurde Patricia von Falkenstein, die langjährige Vizepräsidentin der LDP, einstimmig zur **Präsidentin** gewählt. Von Falkenstein – seit 1991 bei der LDP – ist seit 2006 Grossrätin im Kanton Basel-Stadt. Von Falkenstein übernahm das Amt von Christoph Bürgenmeier, der nach fünf Jahren Präsidium zurückgetreten war. Zum Vizepräsidenten wurde der Präsident der Jungliberalen, Philip Schotland, gewählt.⁵⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.2013
MARC BÜHLMANN

Die Liberale Partei besteht seit der flächendeckenden Fusion zwischen FDP und LP nur noch im Kanton Basel-Stadt unter dem Namen **Liberal-Demokratische Partei** als eigentliches Schweizer Unikum. Eine Fusion mit der FDP ist hier nicht vorgesehen. Die LDP hält in Basel-Stadt zehn Legislativsitze und ein Exekutivmandat. Die Differenz zwischen der LDP und der FDP zeigte sich etwa bei der Parolenfassung zum revidierten Raumplanungsgesetz und zum Familienartikel, zu denen die FDP jeweils ein Nein, die LDP allerdings ein Ja empfahl. Ein Vorteil gegenüber der FDP bestehe darin, dass man nicht auf nationale Befindlichkeiten Rücksicht nehmen müsse. Der LDP stehen allerdings schwierige Zeiten bevor, wird doch ihr Aushängeschild, Regierungsrat

Christoph Eymann, auf die nächsten Wahlen zurücktreten.⁵⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.02.2015
MARC BÜHLMANN

Die Unabhängigkeitspartei **UP!** versuchte im Februar 2015 neben Zürich auch **im Kanton Thurgau** und **im Kanton Bern** Fuss zu fassen. Es seien Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau zweier kantonaler Sektionen im Gang, gab die Co-Präsidentin Brenda Mäder (TG, up) in einem Interview bekannt. Im Kanton Zürich trat die Bewegung zu den eidgenössischen Wahlen an. UP! versteht sich als «klassische liberale Partei», die sich konsequenter als die «amorphe» FDP für liberale Anliegen einsetze.⁵⁹

-
- 1) Presse vom 6.1., 12.1., 24.-25.1., 7.4. und 9.4.01; AZ, 2.4.01.
 - 2) Presse vom 6.11.-14.11., 19.11., 26.11., 30.11., 3.12., 17.12. und 20.12.02.
 - 3) Presse vom 9.-10.1.03; NZZ, 11.1.03; SoZ, 12.1.03; Presse vom 13.1.03.
 - 4) Lib. und Blick, 23.4.11 (Sonderbewilligung); SoS, 28.9.11 (Kantonalbank); TA, 18.10.11; AZ, 24.10.11; SGT und SoS, 25.10.11; SoS und AZ, 26.10.11; BaZ und SoS, 27.10.11; TA und NZZ, 29.10.11; SoS, 7.11.11; Presse vom 9.12. und 16.12.11; NZZ, 28.12.11.
 - 5) Medienmitteilung FDP vom 10.4.16; Medienmitteilung FDP vom 17.4.16; WW, 7.4.16; SO, So-Bli, 10.4.16; BaZ, 13.4.16; LZ, NZZ, TG, 15.4.16; TG, 16.4.16; SO, SoZ, 17.4.16; LT, NF, NZZ, SGT, TA, 18.4.16; WW, 28.4.16; Blick, 30.4.16
 - 6) Lib., 6.1. und 11.6.90; BiiZ vom 20.3.90, 3.4.90 und 10.4.90
 - 7) JdG, Express und NZZ vom 10.9.90.
 - 8) TA vom 20.3.90; Ww vom 29.3.90; BZ vom 1.5.90; NZZ vom 15.9.90
 - 9) TA und LNN vom 22.10.90
 - 10) BaZ vom 12. und 14.7.90; BZ vom 13.7.90; Presse vom 20.12.90
 - 11) Presse vom 27.5.91
 - 12) WoZ vom 19.3.92; TA vom 7.4.92; BaZ vom 25.4.92; Presse vom 27.4.92; NZZ vom 23.9.92; klar, Mitteilungsblatt des LdU (1992), Nr. 1 und 2
 - 13) NZZ, 1.10.92; Bund, 3.10.92; Presse vom 24.8.92
 - 14) BaZ vom 29.10.92; BiiZ vom 13.11.92; Lib. vom 20.11.92
 - 15) NZZ vom 4.1.93
 - 16) JdG vom 20.2.93; Presse vom 22.2.93
 - 17) SoZ vom 29.8.93
 - 18) Presse vom 27.9.93
 - 19) BZ, 4.5.94
 - 20) 24 Heures, 2.12.94
 - 21) TA, 25.3.96; SoZ, 31.3.96; Presse vom 10.6.96
 - 22) JdG, 11.2. und 24.6.96; NZZ, 12.2.96
 - 23) SoZ, 25.8.96; NZZ, 30.8.96
 - 24) BaZ und NZZ, 8.11.96; Presse vom 25.11.96
 - 25) Presse vom 28.4.97
 - 26) Bund, 19.9., 6.10., 15.10. und 16.10.98; BZ, 19.9. und 22.9.98
 - 27) NZZ, 24.10.98; TA, 31.10.98; Presse vom 2.11.98
 - 28) Presse vom 18.1., 13.2. und 19.4.99; Bund, 23.1.99; NZZ, 26.2. und 19.4.99
 - 29) Presse vom 18.1.99
 - 30) Presse vom 10.5.99; TA, 30.7.99
 - 31) NZZ, 27.10.99; Presse vom 6.12.99. Zur Geschichte des LdU: BaZ, 28.10.99; NZZ, 19.11.99
 - 32) Presse vom 10.11. und 6.12.99
 - 33) NZZ, 2.2.00.
 - 34) NZZ, 2.5.00.
 - 35) TG, 14.5.02; NZZ, 15.5.02; Presse vom 8.6. und 10.6.02.
 - 36) 24h, 14.6.03; Presse vom 16.6.03.
 - 37) TG, 27.6.03; Presse vom 24.10. und 8.11.03. Zur ideologischen Nähe zwischen den Liberalen und der Deutschschweizer FDP siehe LT, 14.10.03; zu Differenzen zwischen den einzelnen LP-Kantonalsektionen siehe LT, 25.10. und 3.11.03.
 - 38) Presse vom 26.1.04. Zu den kantonalen Unterschieden betreffend ein Zusammengehen der beiden Parteien siehe NZZ, 26.2.04; LT, 1.6.04; AZ und BaZ, 10.6.04; SGT, 16.6.04; Lib., 17.6.04; Bund, 19.6.04.
 - 39) LT und NZZ, 21.6.04.
 - 40) NZZ, 15.3.04; BaZ, 17.4.04; AZ, 6.9.04.
 - 41) Presse vom 17.3., 11.4., 27.6. und 12.11.05; zur Entstehungsgeschichte von LP und FDP und zu den kantonalen Unterschieden siehe auch NZZ, 6.4.05.
 - 42) Presse vom 3.9.05.
 - 43) NZZ, 29.3.04.
 - 44) LT, 11.12. und 13.12.06. Zur Zusammenarbeit von FDP und LPS siehe BaZ, 25.3.06; NZZ, 20.7.06.
 - 45) TG, 10.3.06 (Wahl von Le Comte); Krise: 24h, LT und TG, 20.-28.6.06; Wahl von Bednarczyk: LT und TG, 12.-29.9.06; Rücktritt Bednarczyks und Ende der Krise: LT und TG vom 4.-8.11.06.
 - 46) LT, 20.1.07.
 - 47) TA, 23.10.07.
 - 48) TG, 23.2.08.
 - 49) SoZ, 24.2.08.
 - 50) BaZ und TA, 17.3.08.
 - 51) LT, 10.4. und 11.4.08.
 - 52) Presse vom 27.10.08.
 - 53) BaZ und NZZ, 18.3.09.
 - 54) BaZ; 11.7.11; LT, 24.5.11 (Eymann); Lit. BFS.
 - 55) 24h, 6.7.12; LT, 5.9.12.
 - 56) AZ, 7.8.12.
 - 57) BLZ, 11.4.13; BaZ und BLZ, 30.4. und 2.5.13.
 - 58) BLZ, 29.1.13; BaZ, 30.1.13; BLZ, 2.5., 20.11. und 4.12.13.
 - 59) TZ, 25.2.15; NZZ, 31.7.15